STUTTGARTER NACHRICHTEN

SEIT 1946

Nummer 275 · 47. Woche · 76. Jahrgang · S

Samstag/Sonntag, 27./28. November 2021

www.stn.de · € 2,40 · E 4063

Aktion Weihnachten

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



an diesem Sonntag begehen wir den ersten Advent, doch die allgemeine Stimmung in unserer Gesellschaft ist wenig feierlich. Wer kann, sitzt wieder alleine im Homeoffice. Statt gemeinsam mit Freunden und Kollegen auf dem Weihnachtsmarkt einen Glühwein zu trinken, halten wir aus gutem Grund wieder Abstand.

Doch heute bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für ein Thema, das einmal nichts mit hohen Inzidenzen, vollen Intensivstationen, niedrigen Impfquoten und neuen Einschränkungen zu tun hat: Unsere Aktion Weihnachten ist 50 Jahre alt geworden. An diesem Samstag starten wir zum 51. Mal unsere Spendenaktion für Menschen in Not aus Stuttgart und der Region. Das ist eine gute Nachricht. Es macht mich stolz, liebe Leserinnen und Leser, wie viel wir dank Ihrer treuen Unterstützung in den vergangenen fünf Jahrzehnten bewegen konnten – sei es über die Einzelfallhilfe oder über die Förderung von sozialen Projekten.

Auch in diesem Jahr haben wir wieder viel vor und setzen da auf Ihre Mithilfe: So wollen wir unter anderem ermöglichen, dass das Kinderschutzzentrum Stuttgart eine Online-Beratung für junge Gewaltopfer aufbauen kann. Und wir wollen Starthilfe geben für ein "Flitzerle". Das richtet sich an einsame, bedürftige Senioren, die nicht gut zu Fuß sind.

Viel hat sich geändert, seit die Lokalredaktion im Jahr 1971 das erste Mal in der Vorweihnachtszeit um Spenden für Bedürftige gebeten hat. Damals gab es nicht viel mehr als ein Spendenschwein und eine sehr gute Idee. Heute ist die Aktion Weihnachten auf allen Kanälen präsent: in der Zeitung, im Internet und nun auch im sozialen Netzwerk Facebook.

Am Grundlegenden hat sich aber nichts geändert: Die Aktion Weihnachten arbeitet weiterhin ehrenamtlich. Wir kooperieren mit sozialen Trägern, die für uns die Bedürftigkeit prüfen. Die Schicksale, bei denen wir um Hilfe gebeten werden, sind vielfach erschütternd. Aber lesen Sie selbst: Bis Weihnachten finden Sie jeden Tag im Lokalteil unserer Zeitung eine Geschichte über einen Einzelfall oder über ein soziales Projekt, das wir fördern wollen.

Herzlich,



Wetter



Mittags 5° | Nachts 1° Wechselnd wolkig, einzelne Schauer oder Schneeregen Seite 26

Kontakt

Redaktion: Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 0 0711 / 72 05 - 61 61





Neue Virusvariante bereits in Belgien nachgewiesen

Wegen einer neuen Variante des Coronavirus schränkt die Bundesregierung den Flugverkehr mit Südafrika drastisch ein. Kultusministerin Schopper stoppt alle Klassenfahrten bis zum 31. Januar.

Von Nadia Köhler und Regine Warth

BERLIN/STUTTGART. Aus Sorge vor einer neuen Coronavirus-Variante, der Omikron-Variante, schränken Deutschland und andere Staaten den Flugverkehr aus Südafrika ein. Deutschland werde Südafrika zum Virusvariantengebiet erklären, kündigte der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) an. Gegebenenfalls seien auch Nachbarländer Südafrikas betroffen. Mit einer Meldung aus Belgien ist die Omikron-Variante bereits in Europa nachgewiesen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO stuft die zuerst in Südafrika entdeckte neue Virusvariante als besorgniserregend ein. Sie erklärt, dass ihr der griechische Buchstabe Omikron zugewiesen worden sei.

Welche Rolle die südafrikanische Variante für Deutschland spielen wird, könne man noch nicht sagen, sagt Peter Kremsner, Direktor des Tübinger Instituts für Tropenmedizin, unserer Zeitung. "Ob es eine Variante ist, die uns aufregen muss, das kann man noch nicht sagen", so der Experte.



Bisher gebe es nur ein paar Handvoll beschriebene Fälle, und man wisse noch nicht viel über ihre Eigenschaften der Virusvariante – etwa ob sie tödlicher ist. "Ich kann die Aufregung um diese Variante derzeit noch nicht ganz nachvollziehen, weil es einfach noch zu wenig Daten gibt", sagt Kremsner.

Die Coronazahlen steigen derweil auch in den baden-württembergischen Klassenzimmern deutlich an. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in Quarantäne müssen, nimmt derzeit von einem Tag auf den anderen um mehr als 1000 zu. Insgesamt sind im Südwesten derzeit 0,87 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Quarantäne.

Trotz der Zahlen müsse es nun das oberste Ziel sein, Kitas und Schulen offen zu halten, fordert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. "Wir wollen auf keinen Fall wieder in den Fernunterricht", sagt der Landeschef des Verbandes Bildung und Erziehung Gerhard Braun. Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper hat unterdessen alle Klassenfahrten von 1. Dezember bis 31. Januar gestoppt.

Seiten 2, 7 und 48

Fleischindustrie: Özdemir will härtere Auflagen

Der künftige Bundesagrarminister plant Vorgaben für Tierwohl, Umwelt und Klimaschutz.

BERLIN. Der voraussichtlich nächste Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) hat schärfere Auflagen für die Fleischindustrie angekündigt. "Wer Fleisch essen will, kann das gerne tun. Wer Fleisch produziert, darf das auch tun, aber unter Berücksichtigung des Tierwohls, des Klimaschutzes und nicht zulasten unserer Umwelt", sagte Özdemir unserer Zeitung. Ihm gehe es "nicht um industrielle Massentierhaltung, die Tiere als Billigware verramscht", sondern um die Höfe und Menschen, die täglich hochwertige Lebensmittel produzieren.

Unter Verweis auf den Koalitionsvertrag stellte Özdemir auch Vorgaben zur Tierhaltung in Aussicht. Die Investitionsförderung werde künftig auf gute Haltungsbedingungen in den Ställen ausgerichtet.

Spekulationen, wonach er sich für die Nachfolge des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann in Stellung bringen könne, wies Özdemir zurück. "Wenn ich einen Job antrete, widme ich mich dem voll und ganz und denke nicht bereits an den nächsten." tk/zie

Baden-Württemberg Seite 6

Bundesrat für Warn-SMS im Katastrophenfall

Das sogenannte Cell Broadcast soll die Vorwarnung der Bevölkerung verbessern.

BERLIN. Die Einführung von Warn-SMS für den Katastrophenfall ist ein Stück näher gerückt. Der Bundesrat stimmte am Freitag einer Verordnung der Bundesregierung zum sogenannten Cell Broadcast zu. Mit dieser Technologie können im Katastrophenfall Warnungen an alle Handys in einer bestimmten Gegend geschickt werden, ohne dass dazu besondere Apps oder ein Bekanntgeben der Telefonnummer nötig wären.

Ab wann genau es die Warnnachrichten geben wird, ist noch unklar. Zunächst müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erklärte, der Weg für Cell Broadcast sei "schnellstmöglich" geebnet worden. "Im kommenden Jahr werden Warnungen per Mobilfunk dann auch in der Praxis möglich", versicherte er. AFP

Vielen Bauherren droht Finanzierungslücke

Die Staatsbank KfW stoppt ein Förderprogramm – das bremst den Bau von Mietwohnungen, warnt Bauministerin Nicole Razavi.

Von Barbara Schäder

FRANKFURT. Die Einstellung eines beliebten Förderprogramms gefährdet laut dem Verband baden-württembergischer Wohnungsund Immobilien (vbw) viele Bauprojekte. "Ohne diese Förderung wird das Wohnen mit erhöhtem Klimastandard für viele Menschen in Baden-Württemberg unbezahlbar", teilte vbw-Direktorin Iris Beuerle unserer Zeitung mit. "Einige Unternehmen haben uns die Rückmeldung gegeben, dass sich durch die kurzfristige Fördereinstellung 70 Prozent ihrer Bauprojekte verzögern oder gar nicht realisiert werden können."

Die Kritik richtet sich gegen die Entscheidung des scheidenden Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier (CDU), die Förderung von Neubauten nach dem Effizienzhaus-Standard 55 einzustellen. Anträge auf eine solche Förderung durch die Kreditan-

stalt für Wiederaufbau (KfW) können nur noch bis 31. Januar eingereicht werden. Danach soll der Neubau von Effizienzhäusern nur noch gefördert werden, wenn sie die anspruchsvollere Stufe 40 erreichen. Das Effizienzhaus 55 stelle heute auch ohne Förderung "in vielen Fällen die wirtschaftlichste Art des Neubaus dar", erklärte die KfW.

Kritik an der Entscheidung übte auch Landesbauministerin Nicole Razavi. "Durch die Einstellung der KfW-55-Förderung des Bundes droht vielen Bauherren im Land eine Finanzierungslücke. Sie haben sich auf dieses Anforderungsniveau verlassen und müssen nun umplanen oder auf diese Förderung verzichten", erklärte die CDU-Politikerin. Sie äußerte die Sorge, "dass so der Bau dringend benötigter Wohnungen im Bereich der sozial orientierten Wohnraumförderung und darüber hinaus ausgebremst wird."

Wirtschaft Seite 17



Triple A Googles mächtige Managerin

Als Finanzchefin von Google sitzt Ruth Porat in der Kommandozentrale des Digitalkonzerns. Im Interview mit "Triple A", unserem neuen Wirtschaftsmagazin, spricht die ehemalige Investmentbankerin darüber, wie Google Frauen fördert, was die Finanzkrise im Jahr 2008 mit Covid zu tun hat und wie die nächsten Google-Projekte aussehen. Die zweite Ausgabe von Triple A liegt unserer Zeitung bei. StN